

Positionspapier Pflegebündnis Mittelbaden e.V.

Strukturreform der Langzeitpflege: 13 Empfehlungen an die Strukturkommission Pflege

Einführung

Die von der Bundesregierung eingesetzte Strukturkommission Pflege steht vor der Aufgabe, die pflegerische Versorgung in Deutschland verlässlich, zukunftsorientiert und bedarfsgerecht aufzustellen – und dabei finanzierbar zu bleiben.

Das Pflegeeneuordnungsgesetz (PNOG) enthält einzelne strukturelle Ansätze, bleibt jedoch im Kern auf die kurzfristige finanzielle Stabilisierung der Sozialen Pflegeversicherung ausgerichtet. Die Bundesregierung hat die wesentlichen anstehenden strukturellen Veränderungen in die Strukturkommission Pflege ausgelagert. Diese muss daher über das laufende Gesetzgebungsverfahren hinausgehend die Fragestellungen bearbeiten, die das PNOG nicht oder nur unzureichend beantwortet.

Die Bundesregierung hat nun einen Aufgabenkatalog an die Strukturkommission vorgelegt. Diese konzentrieren sich aus Sicht des Pflegebündnisses Mittelbaden e.V. immer noch zu stark auf die Begrenzung von Ausgaben. Eine finanziell stabilisierte Pflegeversicherung garantiert jedoch noch keine funktionierende Versorgung. Es bedarf mehr als einer Beitragsstabilisierung, Deutschland benötigt eine grundlegende Reform der Versorgungsstrukturen, der professionellen Verantwortlichkeiten und der solidarischen Finanzierung.

Das Pflegebündnis Mittelbaden e.V. fordert daher die Kommission auf, folgende Forderungen bei ihren Empfehlungen im Hinterkopf zu haben:

1. Pflegeprofession und Versorgungsqualität stärken

1.1. Die Pflegeprofession verbindlich an der Strukturreform beteiligen

Das Pflegebündnis Mittelbaden e.V. kritisiert, dass die organisierte Pflegeprofession und das verantwortliche Pflegemanagement in der Kommission nicht angemessen vertreten sind. Wissenschaftliche Expertise ersetzt nicht die praktische Erfahrung für die Versorgung.

Das Pflegebündnis Mittelbaden e.V. fordert:

- Deutschen Pflegerat verbindlich in die Beratungen einbeziehen
- Pflegemanagement und Versorgungspraxis aus allen Bereichen der Langzeitversorgung beteiligen
- Pflegefachliche Stellungnahmen transparent dokumentieren und in die Empfehlungen einarbeiten
- Beteiligung darf nicht auf nachträgliche Anhörungen reduziert werden

1.2. Pflegefachliche Verantwortung gesetzlich absichern und erweitern

Professionelle Pflege, Pflegefachassistenz, Betreuung, hauswirtschaftliche Unterstützung und informelle Pflege sind wichtige, aber nicht beliebig austauschbare Leistungen. Dabei ist zu beachten: Pflegefachassistenz ergänzt die professionelle Versorgung, ersetzt aber nicht die fachliche Verantwortung von Pflegefachpersonen. Es gilt, die berufliche Autonomie der Pflegeprofession als Basis zugrunde zu legen.

Das Pflegebündnis Mittelbaden e.V. fordert:

- Vorbehaltsaufgaben nach § 4 PflBG konsequent absichern
- Eigenverantwortliche pflegefachliche Entscheidungen im Leistungs- und Finanzierungsrecht verankern. Die professionelle Pflege muss aus ihrer tradierten Abhängigkeit von der reinen ärztlichen Delegation herausgelöst werden.
- Erweiterte heilkundliche Kompetenzen entwickeln sowie eigenständiges Verordnungsrecht für Hilfsmittel und häusliche Krankenpflege etablieren. Als zwingende Konsequenz aus dem geforderten eigenständigen Leistungsrecht muss das Verordnungsrecht für pflegespezifische Hilfs- und Heilmittel (beispielsweise Wundversorgung, Inkontinenzmaterialien, Pflegebetten) sowie für die häusliche Krankenpflege vollumfänglich auf qualifizierte Pflegefachpersonen übertragen werden.
- Qualifikationen und Verantwortlichkeiten klar abgrenzen
- Pflegebegleitung mit pflegefachlicher Bedarfserhebung, Steuerung und Evaluation gehören in die Verantwortung qualifizierter Pflegefachpersonen und dürfen nicht zu einem Sammelbecken diverser Professionen aufgeweicht werden.

1.3. Wissenschaftlich fundierte Personalbemessung erhalten und weiterentwickeln

§ 113c SGB XI darf nicht aus kurzfristigen finanziellen Erwägungen zurückgenommen werden.

Das Pflegebündnis Mittelbaden e.V. fordert:

- § 113c SGB XI bedarfsgerecht weiterentwickeln
- Erkenntnisse aus PeBeM und BAPID IV berücksichtigen
- Kompetenzorientierten Qualifikationsmix mit eindeutigen Verantwortlichkeiten umsetzen
- Tatsächliche Wirkungen auf Qualität, Arbeitsorganisation und Wirtschaftlichkeit evaluieren

1.4. Begutachtungsverfahren

Wenn das Verfahren zur Einstufung in Pflegegrade geändert wird, darf das kein Weg sein, Geld zu sparen. Ein Mensch kann künftig auf dem Papier einen niedrigeren Pflegegrad erhalten, obwohl er genauso viel Hilfe braucht wie zuvor. Dann darf nicht automatisch weniger Pflegepersonal eingesetzt werden. Denn die Arbeit am Menschen bleibt gleich, auch wenn die Zahl in der Statistik kleiner geworden ist. Maßgeblich muss immer sein, wie viel Pflege ein Mensch wirklich braucht, und nicht, welcher Pflegegrad ihm zugeordnet wird.

Das Pflegebündnis Mittelbaden e.V. fordert:

- Kein Sparen über das Prüfverfahren. Änderungen an der Begutachtung müssen fachlich begründet sein und dürfen nicht das Ziel haben, Ausgaben zu senken.
- Personal folgt dem tatsächlichen Bedarf
- Bedarf vor Statistik
- Wirkung vorab prüfen. Vor jeder Änderung des Begutachtungsinstruments muss unabhängig untersucht werden, wie viele Menschen dadurch schlechter eingestuft würden und was das für Versorgung und Personal bedeutet.
- Pflegefachliche Beteiligung. Pflegefachpersonen und ihre Verbände müssen bei Entwicklung und Änderung des Instruments von Anfang an mitentscheiden, denn sie kennen den Pflegealltag.

2. Versorgungsstrukturen neu organisieren

2.1. Sektorengrenzen überwinden und integrierte Versorgung ermöglichen

Die Trennung zwischen ambulanter, teilstationärer und stationärer Versorgung erzeugt Schnittstellen mit Reibungsverlusten und Fehlanreize. So entstehen auch gefährliche Versorgungslücken. Eine zukunftsfähige Strukturreform muss diese Trennung überwinden.

Das Pflegebündnis Mittelbaden e.V. fordert:

- Sektorübergreifendes Leistungs- und Vertragsrecht entwickeln, z.B. integriertes Pflegebudget
- Flexible Versorgungsarrangements und quartiersbezogene Modelle ermöglichen
- Gesamtvergütungsverträge weiterentwickeln
- Finanzierung stärker am individuellen Bedarf ausrichten, nicht an der Organisationsform

2.2. Ambulante Dienste und Tagespflegen wirtschaftlich absichern

Die Neuordnung von Entlastungsleistungen und Sozialraumbudgets kann bestehende professionelle Angebote – wie Hauswirtschaft oder Betreuung – gefährden. Das schränkt auch die Versorgungsqualität ein, denn Fachkräfte haben dann nicht mehr die Möglichkeit, gesundheitliche Veränderungen im häuslichen Umfeld frühzeitig zu erkennen.

Das Pflegebündnis Mittelbaden e.V. fordert:

- Professionelle Betreuungs-, Entlastungs- und Unterstützungsleistungen verlässlich finanzieren
- Wirtschaftliche Auswirkungen von Leistungsverchiebungen vorab prüfen
- Bestandssichere Übergangsregelungen vorsehen
- Sozialraumbudgets praxisnah gestalten und qualitätsgesicherte Anbieter von Pflegediensten sowie Tagespflege nicht ausschließen

2.3. Kommunale Verantwortung stärken

Versorgungssicherheit entscheidet sich regional; neue kommunale Aufgaben brauchen echte Handlungsmöglichkeiten.

Das Pflegebündnis Mittelbaden e.V. fordert:

- Verbindliche regionale Versorgungsplanung mit Kommunen, Pflegekassen, Leistungserbringern und Pflegeprofession etablieren
- Verbindung Pflegeplanung mit Gesundheitsversorgung, Wohnen und Sozialraum
- Finanzierung Steuerungsaufgaben
- Regionale Kooperationen mit überprüfbaren Versorgungszielen stärken

3. Pflegeversicherung nachhaltig und gerecht finanzieren

3.1. Finanzierungsbasis solidarisch verbreitern

Leistungskürzungen allein können die demografischen Finanzierungsprobleme nicht lösen.

Das Pflegebündnis Mittelbaden e.V. fordert:

- Prüfung weiterer Einkommensarten für eine breitere solidarische Finanzierungsbasis
- Finanzierung versicherungsfremder Leistungen sachgerecht aus Steuermitteln
- Überprüfung der getrennten Systeme sozialer und privater Pflegepflichtversicherung auf einem solidarischen Risiko- und Finanzausgleich
- Langfristige Finanzierungsstrategie vorlegen
- Ausbildungskosten sind als gesamtgesellschaftliche Aufgabe zu sehen und dürfen nicht über Eigenanteile oder Pflegekassen finanziert werden.

3.2. Pflegebedürftige vor finanzieller Überforderung schützen

Pflegebedürftigkeit darf nicht zu einem existenziellen finanziellen Risiko werden.

Das Pflegebündnis Mittelbaden e.V. fordert:

- Tragfähiges Konzept zur Begrenzung pflegebedingter Belastungen entwickeln
- Solidarisch finanzierte Pflegeleistungen und individuell zu tragende Lebenshaltungskosten transparent abgrenzen
- Einkommen, Vermögen, Schonvermögen, Erbschaften und Generationengerechtigkeit offen diskutieren
- Notwendigen Versorgungszugang unabhängig von individueller Zahlungsfähigkeit sichern

3.3. Wirtschaftlichkeit an der Versorgungswirkung messen

Kurzfristige Einsparungen können Folgekosten bei Krankenversicherung, Sozialhilfe, Kommunen und Angehörigen verursachen.

Das Pflegebündnis Mittelbaden e.V. fordert:

- Wesentliche Reformen sektorenübergreifend auf ihre Folgen prüfen
- Gesamtgesellschaftliche Kosten berücksichtigen
- Indikatoren für Qualität, Selbstständigkeit, Prävention und Versorgungssicherheit entwickeln
- Langfristige Wirksamkeit statt bloßer Ausgabensenkung bewerten

4. Zukunftsfähigkeit und Versorgungssicherheit gewährleisten

4.1. Prävention und Rehabilitation verbindlich verankern

Diverse diskutierte Modelle beantworten nur die Frage, wer die steigenden Kosten zahlt. Dennoch bleiben die grundlegenden Herausforderungen bestehen: Unser Gesundheitssystem agiert vorwiegend reaktiv statt präventiv, ist hochgradig bürokratisch und wird durch starre Hierarchien geprägt. Prävention beginnt bereits im Kindesalter und zielt im Alter darauf ab, Selbstständigkeit zu erhalten und Pflegebedürftigkeit hinauszuzögern.

Das Pflegebündnis Mittelbaden e.V. fordert:

- Etablierung von School Nurses an Schulen
- Präventive und rehabilitative Ansätze verbindlich in die Langzeitversorgung integrieren und ihre Finanzierung sichern
- Pflegefachpersonen bei Bedarfserkennung, Planung, Koordination und Evaluation stärken
- Sektorübergreifende Wege zwischen Langzeitpflege, Rehabilitation und Medizin entwickeln

4.2. Personalentwicklung und neue Kompetenzprofile fördern

Steigender Versorgungsbedarf lässt sich nicht allein durch zusätzliche Rekrutierung bewältigen. Deutschland hinkt international gesehen bei der Einbindung hochschulisch qualifizierter Pflegefachpersonen hinterher. Das versprochene APN-Gesetz muss rasch kommen.

Das Pflegebündnis Mittelbaden e.V. fordert:

- Bundesweit anschlussfähige Standards für Pflegefachassistenz entwickeln
- Akademische und erweiterte pflegefachliche Rollen ausbauen, z.B. APN und CHN, und als eigenständige Leistungserbringer auch im angedachten Primärversorgungssystem verankern
- Kompetenzen und Verantwortung sachgerecht zuordnen
- Ausbildung, Weiterbildung, internationale Anerkennung und Personalbindung stärken. Dazu gehört auch, dass Auszubildende und Studierende zwingend eine verlässliche und hochwertige Praxisanleitung benötigen, die nicht personellen Engpässen im Alltag geopfert werden darf. Zudem müssen Abschlüsse internationaler Pflegefachpersonen schneller anerkannt werden.
- Unnötige Bürokratie abbauen und Digitalisierung sinnvoll etablieren – mit einer eigenen Finanzierung der digitalen Transformation in der Pflege.

4.3. Versorgungssicherheit zum verbindlichen Reformmaßstab machen

Formale Leistungsansprüche genügen nicht, wenn regional Angebote fehlen. Daher ist es wichtig, eine kontinuierliche, regionale Kapazitätsentwicklung und –beobachtung zu realisieren. Um Versorgungslücken frühzeitig zu erkennen und personelle Ressourcen zielgerichtet zu steuern, ist die verbindliche Registrierung aller professionell Pflegenden auf regionaler Ebene ein unverzichtbares Instrument. Nur mit einer verlässlichen Datengrundlage schaffen wir die Basis für eine vorausschauende, evidenzbasierte Regionalplanung.

Das Pflegebündnis Mittelbaden e.V. fordert:

- Versorgungssicherheit als zentralen Reformmaßstab verankern und eine verpflichtende Registrierung von Pflegefachpersonen einführen
- Regional differenziert Kapazitäten, Personal, Erreichbarkeit und ungedeckte Bedarfe beobachten
- Jede wesentliche Reform auf ihre regionalen Auswirkungen prüfen
- Instrumente zur frühzeitigen Erkennung und Vermeidung von Versorgungslücken entwickeln

Fazit

Die Zukunft der Langzeitversorgung lässt sich weder durch isolierte Leistungskürzungen noch durch bloße Veränderungen der Finanzierungsmechanismen sichern. Deutschland benötigt eine Reform, die

professionelle Verantwortung stärkt, institutionelle Grenzen überwindet, regionale Versorgungsstrukturen entwickelt und die Finanzierung langfristig tragfähig gestaltet.

Nicht jede bestehende Struktur ist erhaltenswert. Nicht jede neue Leistung ist finanzierbar. Und nicht jede Einsparung ist gesellschaftlich sinnvoll. Das Pflegebündnis Mittelbaden ist bereit, sich konstruktiv an dieser Debatte zu beteiligen. Die Pflegeprofession und das verantwortliche Pflegemanagement müssen dabei als Partner der Reformgestaltung anerkannt werden.